



EIIW

Presseerklärung des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen e.V.

Presseerklärung zur Irlandkrise 13.12.10 Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des EIIW/Bergische Universität Wuppertal, www.eiwiw.eu

- Allgemeiner Euro-Alarmismus nach der Irlandkrise ist verfehlt.
- Irland-Krise steht für ein sonderbar krasses Staatsversagen bzw. völliges Versagen der Bankenaufsicht in Irland – mit der Konsequenz, dass überrisikant expandierte Banken wegen akuter Konkursgefahr und riesiger Verluste vom irischen Staat auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden müssen;
- Unverantwortliche Bankenaufsicht bzw. Regierung in Irland muss sich ihrer Verantwortung stellen: EU-Hilfsgelder sollten nur unter der Bedingung gegeben werden, dass unabhängige internationale Untersuchungskommission die Missstände in Irlands Bankenaufsicht untersucht ;
- Spanien und Portugal zu Unrecht im Windschatten einer „dunklen“ Irland-Krise von Kapitalmärkten abgestraft;
- Ausweg aus der Krise mit wenigen sinnvollen Maßnahmen möglich – das Zeitfenster ist kurz.
- Nötige Reform: im Boom Überschussgebot im Staatshalt. Internationale Kommission zur Durchleuchtung der Bankenaufsicht Irlands; Gemeinschaftsanleihen fin Höhe von 30% des Bruttoinlandsproduktes, bei Ländern mit geringer Schuldenquote bis 50%. Juncker-Plan in modifizierter Form vernünftig!

€Bonds nur unter Anreizbedingung, Überschussgebot im Pakt

Nachdem Griechenland im Frühjahr schon 110 Mrd. € von EU und IWF zugesagt erhielt, bekommt nun Irland 65 Mrd. € aus einem neuen EU-IWF-Rettungsfonds. Kritische Kommentare sahen die Krise in Dublin als Fortsetzung der Krise in Athen und fanden Indizien für ein baldiges Auseinanderbrechen der Eurozone. Diese einfache Sichtweise ist jedoch angesichts bislang unbekannter Fakten zur Irland-Krise zurückzuweisen, die Irland-Krise steht keineswegs für eine Euro-Schwäche: Der Fall Irland ist ein ökonomischer Absturz aufgrund grober Managementfehler u.a. bei der Anglo Irish Bank, die ca. 80% ihrer Investments in gewerbliche Immobilienprojekte steckte – in Verletzung elementarster Vorgaben für Risikomanagement; das alles geschah unter den Augen der Finanzaufsichtsbehörde IFSRA, die einen Maxifehler markierte.

Die IFRSR-Politik erlaubte, dass die Bank keinerlei vernünftige Risikodiversifizierung realisierte. Folge war ein Megaverlust der Bank in 2010, der unglaubliche 10% des irischen Bruttoinlandsproduktes darstellte. Das Zusammenspiel von faktischer Arbeitsverweigerung bei der Finanzmarktaufsichtsbehörde Irlands und dem Finanzministerium ist ein sehr teurer Fall von Staatsversagen. Das treibt die Zinssätze in der Eurozone für Spanien, Portugal, Italien etc. nach oben, wobei letzteres das größte Risikofeld angesichts einer Schuldenquote von >120% ist.

Der irische Staat musste schwache Banken rekapitalisieren bzw. verstaatlichen und brachte es dann in der Folge auf eine europaweite Rekorddefizitquote in Friedenszeiten, nämlich rund 32% in in 2010; dies ist mehr als das 10fache der in Zeiten außerhalb schwerer Rezessionen zulässigen Obergrenze von 3% im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Damit war Irland gezwungen, sich unter den wenig durchdachten EU-IWFrettungsschirm zu flüchten. Dass die Finanzminister der Eurogruppe und des ECFIN in einer Erklärung am 22. November 2010 das fundamentale Problem Anglo Irish Bank bzw. das klare, völlige Versagen der Bankenaufsicht Irlands mit keinem Wort erwähnten, lässt nicht nur den Eindruck entstehen, dass sehr gewichtige Fakten gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen werden sollen. Vielmehr wurde auch unverantwortlicherweise so dem falschen Eindruck Vorschub geleistet, als sei die Irland-Krise ein weiterer Beleg für eine Krise der Eurozone. Das Verheimlichen wichtiger Fakten in der Irland-Krise und das damit verbundene falsche Krisenmanagement hat tatsächlich nun bei Banken und Fonds zu einer Strategie geführt, ein Auseinanderfallen der Eurozone einzubeziehen: Eine Entwicklung, die bald zu Zinsanstiegen und zur Konjunkturbelastung wird. Nötige Reformen:

- Einsetzen einer internationalen Untersuchungskommission zu den grotesken Zuständen bei der Bankenaufsicht Irlands.
- Beim Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte das Erfordernis verankert wird, in Boomphasen Überschüsse von 0.5% des BIPs zu erzielen; verfehlt €Land dies, zahlt es Strafgebühren.
- €Länder sollen Gemeinschaftsanleihen auflegen können; bis zu 30% des BIPs – bei Verpfändung Staatsvermögens; Länder mit Schuldenquote <65% bis zu 0.5 des BIP. „Ein modifizierter Juncker-Plan hilft!“, so Prof. Paul Welfens.



Die über eine EU-Schuldenagentur zu organisierende Emission stabilisiert die Eurozone, deren Nutzen unverändert groß ist; auch für Deutschland. Die Eurozone ist so auszugestalten, dass negative externe Effekte des Handelns einzelner Mitgliedsländer vermieden werden. Die Zeit für vernünftige Strukturreformen in der Eurozone läuft ab: Wenn die Politiker in Berlin und Brüssel auf der bisherigen Linie weiter relativ konzeptlos die Eurokrise behandeln, so werden die Kapitalmärkte die €Länder unter chaotischen Umständen in eine undifferenzierte Eurobond-Finanzierung zwingen. Das Kanzleramt, das im Oktober 2008 vom Autor Hinweise zu einer kommenden Griechenland-/Eurokrise – Vorabversion des Buches Transatlantische Bankenkrise - erhielt, sollte endlich aufwachen und durchdachte Strategien realisieren. Die von einigen Kommentatoren behauptete Erhöhung der Zinskosten für Deutschland für den Fall des Begebens von Euro-Anleihen ist unsolide Spekulation, da es auf die konkreten Begleitumstände eines Euro-Plans ankommt. Der politische Prozess in Deutschland bzw. der EU sollte für mehr Transparenz in der Eurokrise bringen – die Irland-Krise als primär ein Problem einer erhöhten Schuldenquote darzustellen, ist absurd: Die Bankenaufsicht Irlands bzw. die Anglo Irish Bank, die auffällig großer Parteispender der Regierungspartei Fianna Fail war – die Regierung gab an die fünf Immobilienentwickler, die Partner der Bank waren, auffällig oft grünes Licht für Sonderbedingungen für fragwürdige Bauprojekte -, sollten vor dem EUGH angeklagt werden: Dazu ist die EU Kommission befugt, ja verpflichtet.

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal, Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration und Lehrstuhl Makroökonomik; Alfred Grosser Professor 2007/08, Sciences Po, Paris

Research Fellow am IZA, Bonn

Non-Resident Senior Fellow am AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC

welfens@eiiw.uni-wuppertal.de, www.eiiw.eu

Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371

Prof. Welfens – viele Jahre auch in der Bankerausbildung aktiv - hat gutachterlich zu Wirtschaftsfragen u.a. beim US Senat, beim Europäischen Parlament (zu Basel II und zu Innovationsfragen) sowie in zahlreichen Studien/Analysen für die Bundesregierung, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, das niederländische Wirtschaftsministerium und weitere namhafte Auftraggeber sowie zahlreiche Stiftungen gewirkt. Paul Welfens ist Träger des Internationalen Kondratieff Preises 2007; 1996 hat er den Preis der Wolfgang Ritter Stiftung, Bremen erhalten; und er ist Mit-Herausgeber der Zeitschrift International Economics and Economic Policy. Laut dem Verlagshaus Springer, Heidelberg und New York, ist er international einer von Deutschlands meistpublizierten Ökonomen; siehe auch den EIIW-Newsletter 2010. Prof. Welfens formulierte bereits im Oktober 2008 im Buch Transatlantische Bankenkrise (S.158f.) das mögliche Szenario einer Griechenland- und Eurokrise, die sich dann im Frühjahr 2010 zeigte.

Beachten Sie zur Irland-Krise auch die besondere Weihnachtsvorlesung von Prof. Welfens: *Hercule Hector Poirot in Athen und Dublin*: www.eiiw.eu